

Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau: eine europäisch-vergleichende Analyse

Scheuer, Angelika

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Scheuer, A. (2005). Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau: eine europäisch-vergleichende Analyse. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 33, 8-11. <https://doi.org/10.15464/isi.33.2005.8-11>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau

Eine europäisch-vergleichende Analyse

Die Demokratiezufriedenheit der Deutschen ist in den vergangenen Jahren messbar zurückgegangen. Nachdem das Niveau jahrzehntlang über dem jeweiligen EU-Durchschnitt lag, fällt es nun darunter. Angesichts von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Einschnitten bei den Sozialsystemen entsteht eine Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, die sich insbesondere in Ostdeutschland in Protesten und der Wahl rechtsextremer Parteien niederschlägt. Um die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland besser beurteilen zu können, wird sie im europäischen Kontext betrachtet: Handelt es sich um einen allgemeinen Trend oder eine spezifisch deutsche Entwicklung? Nachgegangen wird weiterhin der Frage, ob die wachsende Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich stark ausgeprägt ist und welche Ursachen dafür verantwortlich gemacht werden können. Als Datenbasis für die Analysen dienen Eurobarometer-Umfragen von Herbst 2002 bis Frühjahr 2004.

In der Politikwissenschaft werden verschiedene Ebenen eines demokratischen Systems unterschieden, die durch den Bürger beurteilt werden. Die konkreteste Bewertung bezieht sich auf die Tagespolitik, d.h. die Politiker, die Parteien und ihre Politik, mit denen die Bürger mehr oder weniger zufrieden sein können. Eine allgemeinere Bewertung des demokratischen Systems fasst das Regierungssystem ins Auge, das die Regeln für die Regierungsbildung und die Repräsentation der Bürger festlegt. Diese wird normalerweise wenig von der Bewertung der Tagespolitik beeinflusst. Wenn jedoch durch lang andauernde Unzufriedenheit mit Parteien und Politikern der Eindruck entsteht, dass auch durch Wahlen keine Verbesserung erreicht wird, kann dies negative Auswirkungen auf die Bewertung des Regierungssystems haben. Sind die Bürger mit dem Regierungssystem grundsätzlich unzufrieden, kann dies zur Wahl systemfeindlicher Parteien und im Extremfall zur Ablehnung der demokratischen Regierungsform insgesamt führen. Demokratiezufriedenheit kann somit ein Reservoir von Legitimität darstellen, das die Loyalität der Bürger zum politischen System auch in Krisenzeiten sichert (Easton 1975).

Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland seit der Vereinigung gesunken

Die Demokratiezufriedenheit wird gemessen mit der Frage, wie zufrieden die Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land sind (Norris 1999: 11). In Westdeutschland war sie über anderthalb Jahrzehnte hinweg sehr stabil: gut drei Viertel der Bürger waren zwischen 1976 und 1990 „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“ mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland (Grafik 1). Seit 1990 allerdings ist in Westdeutschland ein Absinken im Niveau der Demokratiezufriedenheit zu beobachten sowie das Auf-

treten deutlich stärkerer Schwankungen. Der niedrigste Stand der Demokratiezufriedenheit wurde 1997 erreicht, dem letzten Jahr der Regierung Kohl. Doch auch nach dem Regierungswechsel erholt sich die Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland nur teilweise. In den Jahren 2002-2004 zeigt sich erneut ein deutlicher Abwärtstrend.

In Ostdeutschland ist insgesamt ein niedrigeres Niveau der Demokratiezufriedenheit zu beobachten. Dies ist angesichts der kürzeren demokratischen Geschichte nicht verwunderlich. Auch in Westdeutschland hat die Demokratiezufriedenheit nach dem Krieg erst langsam, unterstützt durch das Wirtschaftswunder, das hohe Niveau der 70er und 80er Jahre erreicht. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland variiert zwischen 20 und 30 Prozentpunkten. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Ver-

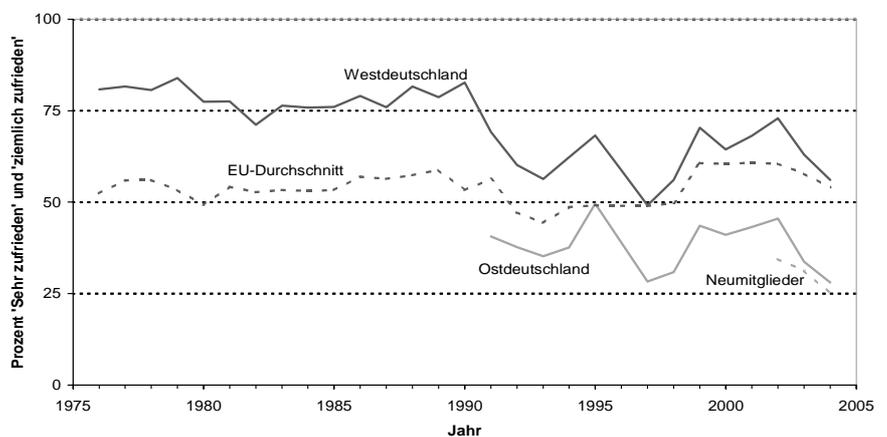
änderungen in Ost- und Westdeutschland seit 1990 parallel verlaufen. Das lässt vermuten, dass die Bürger in Ost und West in ihrer Bewertung ähnlich reagieren.

Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern bietet einen Bezugsrahmen, um Niveau und Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland beurteilen zu können. Gegenüber dem europäischen Durchschnitt¹ zeigt sich, dass das hohe Niveau der Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland seit der Vereinigung weitgehend abgeschmolzen ist. Während Westdeutschland vor 1990 im Schnitt 25 Prozentpunkte über dem EU-Niveau lag, sind es danach nur noch 10 Prozentpunkte. Gleichzeitig liegt das Niveau in Ostdeutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt, und die Differenz hat sich von anfänglich 15 auf nun 25 Prozentpunkte vergrößert. Die Veränderung der relativen Positionen kommt zustande, weil die Demokratiezufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands zurückgegangen ist, während sie in der EU in der ersten Hälfte der 1990er Jahre leicht gesunken und nach 1999 ein außergewöhnlich hohes Niveau erreicht hat. Dem leichten Rückgang im EU-Durchschnitt in den letzten zwei Jahren (2002-2004) steht ein deutliches Absinken der Demokratiezufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands gegenüber. Der Durchschnitt der zehn Neumitglieder, die 2004 beigetreten sind, zeigt für die vergangenen zwei Jahre, für die vergleichbare Daten zur Verfügung stehen, ebenfalls eine fallende Tendenz.

Demokratiezufriedenheit in Deutschland stärker gefallen als in Europa

Bereits der Vergleich mit dem EU-Durchschnitt zeigt, dass der Abwärtstrend in der Demokratiezufriedenheit der letzten beiden Jahre in Deutschland nicht einer allgemeinen europäischen Entwicklung entspricht, sondern sich deutlich davon abhebt. Wie dramatisch sich die deutsche Entwicklung darstellt, wird deutlich, wenn man die Entwicklung der Demokratie-

Grafik 1: Demokratiezufriedenheit in Deutschland und Europa



Indikator: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in [Land] funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Dargestellt sind Prozentanteile „Sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“.

Datenbasis: The Mannheim Eurobarometer Trend File 1970-1999, Eurobarometer 2000-2004

Tabelle 1: Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie

	Herbst 2002 %	Frühjahr 2003 %	Herbst 2003 %	Frühjahr 2004 %	Differenz 2002-04
<i>Europäische Union</i>					
Dänemark	88	91	90	91	+3
Luxemburg	78	80	74	80	+2
Finnland	71	77	71	77	+6
Schweden	76	75	73	74	-2
Irland	69	66	69	70	+1
Spanien	70	58	70	65	-5
Niederlande	66	70	59	65	-1
Österreich	72	65	66	64	-8
Griechenland	53	49	54	64	+11
Belgien	70	65	58	62	-8
Vereinigtes Königreich	60	60	58	58	-2
Westdeutschland	71	66	57	56	-15
Frankreich	59	68	55	55	-4
Deutschland	66	59	53	51	-15
Italien	34	38	34	35	+1
Portugal	35	43	34	31	-4
Ostdeutschland	44	32	35	28	-16
EU-15-Durchschnitt	59	58	54	54	-5
<i>Neumitglieder</i>					
Zypern	62	77	75	77	+15
Malta	50	62	65	58	+8
Tschechische Republik	46	44	43	44	-2
Slowenien	47	50	53	44	-3
Lettland	39	39	43	38	-1
Estland	34	36	35	32	-2
Ungarn	42	43	33	32	-10
Litauen	40	38	40	32	-8
Slowakei	20	24	18	20	0
Polen	29	24	24	16	-13
Durchschnitt Neumitgl.	33	31	29	24	-9
<i>Kandidatenländer</i>					
Türkei	16	38	35	51	+35
Bulgarien	18	16	23	19	+1
Rumänien	30	23	21	18	-12

Indikator: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in [Land] funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Dargestellt sind Prozentanteile „Sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“.

Datenbasis: Standard Eurobarometer 58.1, 59.1, 60.1 und 61; Candidate Countries Eurobarometer 2002.2, 2003.2, 2003.4 und 2004.1

zufriedenheit in Deutschland mit den Veränderungen in den einzelnen Ländern Europas vergleicht. Dabei stellt sich die Frage, welche Vergleichsmaßstäbe für Ost- und Westdeutschland angemessen sind. Westdeutschland wird üblicherweise im Kontext der westeuropäischen EU-Länder betrachtet, wo eine vergleichbare Wirtschafts- und Sozialstruktur vorherrschen. In Ostdeutschland hingegen ist nicht nur der Zeitraum demokratischer Herrschaft deutlich kürzer. Zudem hat 40 Jahre kommunistische Herrschaft andere wirtschaftliche und soziale Bedingungen geschaffen, die gegenwärtig einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozess unterworfen sind. In dieser Hinsicht ist Ostdeutschland den mittel- und osteuropäischen Ländern ähnlicher als den westeuropäischen Ländern. Eine europäisch-vergleichende Analyse sollte daher mit Blick auf Ostdeutschland nicht nur die westlichen, sondern auch die mittel- und osteuropäischen Länder einbeziehen.

Tabelle 1 zeigt für alle Länder die Anteile derjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“ sind, sowie die Veränderung innerhalb dieses Zeitraums. Die Länder sind gruppiert in die bisherigen 15 EU-Länder, die zehn 2004 beigetretenen Neumitglieder und drei weitere Kandidatenländer. Innerhalb der EU wird die höchste Demokratiezufriedenheit in den skandinavischen Ländern und in Luxemburg gemessen. Hier sind die Zufriedenheitsraten weiter gestiegen. Die geringste Demokratiezufriedenheit hingegen besteht in Südeuropa, wo (außer in Griechenland) auch ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Somit nimmt die Spanne innerhalb der EU-Länder insgesamt zu. Eine zunehmende Spreizung zwischen höchsten und niedrigsten Zufriedenheitsraten zeigt sich auch unter den Neumitgliedern und Kandidatenländern. Sie ist bedingt durch erhebliche Zufriedenheitsgewinne in den Mittelmeer-

ländern (Malta, Zypern und Türkei) auf der einen und Verluste in den mittel- und osteuropäischen Ländern (insbesondere Ungarn, Polen und Rumänien) auf der anderen Seite.

Im westeuropäischen Rahmen hebt sich der Rückgang der Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland von der Entwicklung der übrigen Länder deutlich ab. Gemessen am Verlust in Prozentpunkten ist dies der stärkste absolute Rückgang überhaupt in diesem Zeitraum. Im Frühjahr 2004 sind nur noch Franzosen, Italiener und Portugiesen weniger zufrieden mit dem Funktionieren ihrer Demokratie als die Westdeutschen. Die Demokratiezufriedenheit der Ostdeutschen liegt erwartungsgemäß im unteren Feld der EU-15-Länder und nimmt im Frühjahr 2004 gar den letzten Platz ein. Doch auch im Vergleich mit den mittel- und osteuropäischen Ländern ist der starke Rückgang der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland auffällig. Im Frühjahr 2004 sind unter den Neumitgliedern nur in der Slowakei und in Polen noch weniger Bürger mit dem Funktionieren ihrer Demokratie zufrieden sowie unter den Beitrittskandidaten in Bulgarien und Rumänien.

Unzufriedenheit zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen

Der Rückgang der Demokratiezufriedenheit der letzten zwei Jahre in Deutschland folgt damit keinem allgemeinen europäischen Trend. Im Gegenteil fallen die Zufriedenheitsverluste hierzulande im europäischen Vergleich außergewöhnlich stark aus und stehen teilweise sogar im Widerspruch zu den in den anderen Ländern beobachteten Entwicklungen. Somit handelt es sich hierbei um ein spezifisch deutsches Phänomen, das näherer Betrachtung bedarf. Zunächst stellt sich die Frage, ob bestimmte Bevölkerungsgruppen in Deutschland besonders unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind oder ob es sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Erscheinung handelt. Tabelle 2 zeigt die Anteile derjenigen, die „nicht sehr zufrieden“ oder „überhaupt nicht zufrieden“ sind, für ausgewählte gesellschaftliche Untergruppen. Abgesehen von dem Niveauunterschied zwischen Ost und West ergeben sich dabei nur wenige signifikante Subgruppenunterschiede.

In Westdeutschland zeigen sich die Frauen unzufriedener als die Männer. In Ostdeutschland ist insbesondere die jüngste Altersgruppe signifikant weniger unzufrieden als die übrigen Altersgruppen. Damit widerspricht dieses Ergebnis Befürchtungen, dass es gerade die nachwachsenden Generationen sind, die sich vom demokratischen Regierungssystem abwenden. Zudem weisen auch diejenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden, eine geringere Unzufriedenheit auf. Daraus kann man den Schluss ziehen, dass sich die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland noch in der Entwicklung befindet und sich die Niveauunterschiede zwischen Ost und West auf längere Sicht angleichen können. Generell ist je-

Tabelle 2: Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in West- und Ostdeutschland 2003

	Westdeutschland %	Ostdeutschland %
Gesamt	41	65
Geschlecht		
Männer	38	66
Frauen	44	64
Alter		
16-34 Jahre	41	57
35-59 Jahre	44	69
60 Jahre und älter	38	68
Bildung ^a		
Niedrig	41	69
Mittel	43	66
Hoch	38	66
In Ausbildung	32	50
Beschäftigung		
Abhängig beschäftigt	39	62
Selbständig	47	63
Ohne Beschäftigung	45	66
Rentner	39	67
Ideologische Position ^b		
Links	33	67
Mitte	38	62
Rechts	42	60

Indikator: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in [Land] funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Dargestellt sind Prozentanteile „Nicht sehr zufrieden“ und „überhaupt nicht zufrieden“.

a) Bildungsniveau errechnet auf Basis des Lebensalters, zu dem die Ausbildung abgeschlossen wurde: niedrig = bis 15 Jahre, mittel = 16-19 Jahre, hoch = 20 Jahre und älter.

b) Ideologische Position erfragt auf einer Skala von 1 bis 10: Links = 1-4, Mitte = 5-6, Rechts = 7-10.

Datenbasis: Standard Eurobarometer 60.1.

während die persönliche wirtschaftliche Situation vergleichsweise positiv beurteilt wird. Solange die persönliche Situation optimistisch gesehen wird, so das Argument, ist die Gefahr für die Demokratiezufriedenheit begrenzt. Um dies zu überprüfen, werden beide ökonomische Beurteilungen in die Analyse einbezogen².

Der Einfluss von Institutionenvertrauen und wirtschaftlichen Erwartungen auf die Demokratiezufriedenheit wird anhand von Regressionen für alle europäischen Länder ermittelt. Tabelle 3 stellt dar, welche Effekte diese Variablen in den verschiedenen Ländern haben, wobei die Länder nach zunehmender Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren geordnet sind. Betrachtet man zunächst das Muster der Erklärungsfaktoren allgemein, zeigt sich ein höheres Gewicht politischer Faktoren in Westeuropa und eine größere Bedeutung ökonomischer Faktoren – und hier insbesondere der persönlichen wirtschaftlichen Lage – in Mittel- und Osteuropa. In den Transformationsländern hat die erwartete wirtschaftliche Entwicklung häufig eine größere Bedeutung für die Demokratiezufriedenheit als die Vertrauenswürdigkeit der demokratischen Institutionen (vgl. Delhey/Tobsch 2000). In den etablierten westlichen Demokratien ist die wirtschaftliche Lage nicht unwichtig, doch haben zu meist politische Faktoren das höhere Gewicht.

Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland entspricht dem europäischen Bild. Bemerkenswert ist der Einfluss der persönlichen wirtschaftlichen Lage auf die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland. Ein ähnlicher Effekt ist für Westdeutschland nicht nachzuweisen. In beiden Teilen Deutschlands haben hingegen die Erwartungen hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Situation eine große Bedeutung für die Zufriedenheit mit der Demokratie. Die pessimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Rückgang der Demokratiezufriedenheit hängen offenbar eng zusammen. Verständlich wird aber auch, warum z.B. die Ablehnung von Hartz IV gerade in Ostdeutschland zu Demonstrationen und Protestwahlverhalten führte. Da hier die Ängste um die persönliche wirtschaftliche Lage in die Beurteilung des demokratischen Systems eingehen, führen sie auch zu systemkritischem politischen Verhalten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Demokratiezufriedenheit in Deutschland deutlich stärker zurückgegangen ist als in allen anderen Ländern Europas. Die zunehmende Unzufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands ist dabei ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Das niedrigere Niveau in Ostdeutschland ist weitgehend durch die kürzere demokratische Geschichte erklärbar, wobei sich Anzeichen finden lassen, dass jüngere Generationen (insbesondere wenn sie höhere Ausbildung genießen) ein höheres Maß an Demokratiezufriedenheit ausbilden als die Generationen, die in der DDR sozialisiert wurden. In ganz Deutschland leidet die Demokratiezufriedenheit unter dem ausgeprägten wirtschaftlichen Pessimismus in der

doch festzustellen, dass sich keine der Gruppen durch besonders ausgeprägte Unzufriedenheit auszeichnet. Die geringen Unterschiede zwischen den betrachteten gesellschaftlichen Gruppen deuten somit darauf hin, dass sich die niedrige Demokratiezufriedenheit in Deutschland durch alle gesellschaftlichen Gruppen zieht und als generelles Problem betrachtet werden muss.

Fragt man nach den Ursachen für Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, werden in der komparativen Forschung zwei Begründungen angeführt, eine politische und eine ökonomische (vgl. Hofferbert/Klingemann 1999). Die politische Begründung verweist auf das schlechte Ansehen von Politikern und Parteien in der Gesellschaft, das sich auch nach dem letzten Regierungswechsel nicht verbessert hat. Die ökonomische Begründung leitet die Unzufriedenheit aus der wirtschaftlichen Verunsicherung der Bevölkerung her, die zunächst die Ostdeutschen, aber in zunehmenden Maße auch die Westdeutschen befällt. Abschließend soll daher die Bedeutung der politischen und ökonomischen Faktoren für die Demokratiezufriedenheit untersucht werden. Deutschland wird hier erneut mit anderen europäischen Ländern verglichen, um festzustellen, ob und wie sich die Einflüsse der politischen oder ökonomischen Faktoren auf die Demokratiezufriedenheit unterscheiden.

Persönliche wirtschaftliche Lage nur im Osten relevant

Die Eurobarometerumfrage vom Herbst 2003 enthält Indikatoren, die es erlauben, dieser Frage nachzugehen. Der politische Faktor wird anhand des Vertrauens in demokratische Institutionen untersucht. Wie eingangs erwähnt, kann das Ausmaß des Vertrauens in die demokratischen Institutionen einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit haben. Hier werden zwei Gruppen von Institutionen unterschieden. Die erste Gruppe sind die politischen Institutionen, repräsentiert durch Parteien, Parlament und Regierung, die den politischen Prozess gestalten. Die zweite Gruppe sind die Sicherheitsorgane (Justiz und Polizei), die Ordnung und Sicherheit gewährleisten und zugleich Menschen- und Bürgerrechte achten sollen. Das Ausmaß des Vertrauens in beide Arten von Institutionen sollte sich in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie äußern.

Der ökonomische Faktor wird anhand der Erwartungen hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung für das kommende Jahr (2004) analysiert. Hier wird unterschieden zwischen Erwartungen zur gesamtwirtschaftlichen Situation und zur persönlichen wirtschaftlichen Lage. Bisweilen wird argumentiert, dass sich der wirtschaftliche Pessimismus der Deutschen vornehmlich auf die Gesamtwirtschaft bezieht,

Tabelle 3: Determinanten der Demokratiezufriedenheit (signifikante unstandardisierte Regressionskoeffizienten)

	Vertrauen in politische Institutionen	Vertrauen in Sicherheits- organe	Erwartung Wirtschaft	Erwartung persönliche Lage
Finnland	.15**	.20**		
Niederlande	.23**	.12**	.06	
Belgien	.24**	.05		
Frankreich	.20**	.10**		
Schweden	.17**	.13**	.10**	
Luxemburg	.13**	.12**		
Irland	.15**	.12**		
Österreich	.16**	.08**		.07
Deutschland West	.10**	.18**	.15**	
Dänemark	.10**	.16**	.06*	
Portugal	.14**	.10**	.11**	
Deutschland Ost	.18**	.12**	.11**	.12**
Vereinigtes Königreich	.09**	.14**	.10**	
Italien	.12**	.14**	.18**	
Spanien	.09**	.09**	.11**	
Griechenland	.11**	.11**	.08*	.11**
Zypern	.21**	.10*		
Estland	.15**	.07**	.09*	.11*
Ungarn	.13**	.05*	.08*	.10*
Malta	.17**	.06	.10*	.15**
Slowakei	.11**	.09**	.16**	
Slowenien	.09**	.04	.17**	
Polen	.07	.06*	.13**	
Tschechische Republik	.13**	.09**	.13**	.15**
Lettland	.17**		.20**	.15**
Litauen	.11**		.17**	.17**
Türkei	.08*	.09**	.07	
Rumänien	.13**		.08*	.09*
Bulgarien	.15**		.14**	.16**

* = signifikant $p < .01$, ** signifikant $p < .001$

Vertrauen in politische Institutionen: Index aus Vertrauen in Regierung, Parlament, politische Parteien. Vertrauen in Sicherheitsorgane: Index aus Vertrauen in Polizei und Justiz. Erwartung Wirtschaft: Index aus Erwartungen für das Jahr 2004 hinsichtlich wirtschaftliche Lage und Lage auf dem Arbeitsmarkt im eigenen Land. Erwartung persönliche Lage: Index aus Erwartungen für das Jahr 2004 hinsichtlich der finanziellen Situation des Haushalts und der persönlichen beruflichen Situation. Alle Variablen standardisiert auf [0,1].

Datenbasis: Standard Eurobarometer 60.1 und Candidate Countries Eurobarometer 2003.4

Bevölkerung. Es steht zu erwarten, dass erst ein umfassender Wirtschaftsaufschwung zu einer durchgreifenden Verbesserung der Demokratiezufriedenheit führen wird. Die dazu erforderlichen Reformen stellen jedoch insbesondere in Ostdeutschland eine Gefahr für die Unterstützung der Demokratie dar, wenn sie die persönliche wirtschaftliche Lage der Bürger als bedroht erscheinen lassen.

1 *Der EU-Durchschnitt umfasst 9 Mitgliedsländer für 1976-1984, 12 Mitgliedsländer für 1985-1994 und 15 Mitgliedsländer für 1995-2004. Die Änderung der Länderzusammensetzung hat keinen Einfluss auf die Höhe des EU-Durchschnitts.*

2 *Die Unterscheidung der demokratischen Institutionen in politische Institutionen und Sicherheitsorgane sowie die Unterscheidung der wirtschaftlichen Erwartungen hinsichtlich Gesamtwirtschaft und persönliche wirtschaftliche Lage ist für die untersuchten Länder faktoranalytisch belegt.*

Delhey, Jan, Tobsch, Verena, 2000: Understanding Regime Support in New Democracies. Does Politics Really Matter More Than Economics? Arbeitspapier FS III 00-403. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Easton, David, 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. British Journal of Political Science 5: 435-457.

Hofferbert, Richard I., Klingemann, Hans-Dieter, 1999: Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes. European Journal of Political Research 36(2): 155-174.

Norris, Pippa, 1999: Critical Citizens. Oxford: Oxford University Press.

■ **Angelika Scheuer, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-249

scheuer@zuma-mannheim.de

Third International Quality-of-Life Conference: Towards Quality-of-Life Improvement

14.-16. September 2005, Wrocław, Polen

Die dritte internationale Konferenz der Quality-of-Life-Forschung zum Thema „Towards Quality of Life Improvement“ findet im September 2005 in Wrocław, Polen, statt. Sie wird gemeinsam vom Department of Statistics der Wrocław Universität und der Ökonomischen Fakultät der La Sapienza Universität in Rom organisiert und von der „International Society of Quality-of-Life Studies

(ISQOLS)“ unterstützt. Die Konferenz soll den Austausch zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen fördern, aber auch der Festlegung zukünftiger Forschungsziele dienen. Eine Vielfalt unterschiedlicher Aspekte der Quality-of-Life-Forschung werden berücksichtigt, von empirischen Ergebnissen bis zu methodischen Fragestellungen.

Detaillierte Informationen sind im Internet unter folgender Adresse zu finden:

<http://statystyka.ae.wroc.pl/qol2005>

Ansprechpartner ist:

Dr. Dariusz Biskup, Department of Statistics, Wrocław University of Economics, Komandorska 118-120, 53-345 Wrocław, Poland, Telefon und Fax: +4871/3680-356, Email: dariusz.biskup@ae.wroc.pl